

GEGENARGUMENTE

München

www.gegenargumente.de

Sonderausgabe

Dritte-Welt-Gruppen, Globalisierungskritiker und Menschen, die Armut nicht für naturnotwendig halten wollen, stellen die Frage:

Warum sind so viele Menschen in den Entwicklungsländern arm?

1.

Arm sind die Leute in den Entwicklungsländern weil sie *ausgeschlossen* sind von dem Reichtum, den es durchaus auch in ihren Ländern gibt. Die Zeiten sind nämlich vorbei, in denen Menschen hungern und sterben mussten, weil es wegen Missernten, unzureichender Naturbeherrschung und fehlenden medizinischen Wissens die Mittel zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse nicht gab. Der Welternährungsfond der UNO berichtet, dass es auf dem Globus genug Lebensmittel für alle Menschen gibt; im Bedarfsfall könnten selbstverständlich noch viel mehr davon hergestellt werden. Gehungert wird also auch vor vollen Lagerhäusern, und zwar nur deshalb, weil es den Hungernden an *Geld* fehlt. Dasselbe gilt auch für das Fehlen guter Behausung, medizinischer Betreuung, Bildung und sonstiger Konsumartikel. Schuld an dem Ausschluss vom Reichtum ist das *Privateigentum*. Dieses Rechtsinstitut des Kapitalismus gilt heute bis in den hintersten Winkel der Erde. Jedes Stück natürlichen und produzierten Reichtums gehört irgend jemandem. Überall gibt es eine *Staatsmacht*, deren Recht einigen Bürgern die beliebige Verfügung über den materiellen Reichtum gestattet, und allen anderen Bürgern, die diese Reichtümer auch brauchen, den Zugriff darauf verbietet. Wenn in Afrika immer wieder Lebensmittelvorräte geplündert werden, dann zeigt das nicht nur, dass es da etwas zu holen gibt, sondern dass es den Hungernden eben verboten ist, zu nehmen, was sie brauchen.

2.

Der zum Privateigentum gehörige Ausschluss vom Reichtum gewinnt an Schärfe dadurch, dass den Armen nicht nur produzierte Konsumtionsmittel, die andere haben, vorenthalten werden, sondern die *Quellen des Reichtums* selbst, die Produktionsmittel und damit die

Instrumente der Arbeit, mit denen sie sich die Gegenstände ihres Bedarfs herstellen könnten. Grund und Boden sowie die produzierten Mittel der Produktion – Werkstätten, Maschinen, Rohstoffe –, gehören allesamt anderen Leuten, den so genannten Reichen. Die *Trennung* der Menschen von ihren Produktionsmitteln sieht in verschiedenen Ländern des Südens verschieden aus, hat aber immer dasselbe Resultat: Nomaden können ihre Lebensform nicht fortsetzen, wenn Grundeigentümer Zäune, Staaten Grenzen ziehen und ihnen den nötigen Weidewechsel ihrer Herden verunmöglichen. Anderswo werden Kleinbauern zugunsten von großflächigem Bergbau, Staudämmen oder Plantagen, die für den Weltmarkt produzieren, von den halbwegs fruchtbaren Böden verdrängt. Wieder anderswo haben die traditionellen Kleinhändler, Weber, Schneider, Leder- und Metallbearbeiter keine Chance gegen die importierten Industrieprodukte der Weltkonzerne, ganz gleichgültig, wie billig sie zu arbeiten bereit sind. Ihnen fehlt eben der Zugang zu den Produktionsmitteln, die heutigentags nötig sind, um sich an der Konkurrenz um die Kaufkraft zu beteiligen. Solche Menschen sind mittel- und hilflos. Sie können die für ihren Lebensunterhalt nötige Arbeit nicht verrichten und sich daher die Mittel ihrer Bedürfnisbefriedigung nicht beschaffen. Das Ganze hat mit Fleiß und Faulheit, mit Mentalität und „fatalistischer Lethargie“ nichts zu tun: Millionen in der „Dritten Welt“ kämpfen verbissen und ohne rechten Erfolg um ein anständiges Leben. Um Arbeit zu finden, nehmen viele von ihnen Lebensgefahren auf sich. Als *Flüchtlingsproblem* landen sie in den Slums der großen Städte des Nordens und werden, wenn sie Glück haben, gnadenlos ausgebeutet, wenn sie Pech haben, wieder zurückgeschickt. Andere verharren in erzwungener Untätigkeit, nicht, weil das Hungern so bequem ist, sondern weil die Trennung von den nötigen Arbeitsmitteln jede lohnende Anstrengung außer Reichweite rückt. Auf sie deuten dann die moralischen Volkserzieher, nennen sie Faulenzer ohne Strebsamkeit und Ar-

beitswillen und erklären Passivität, Abstumpfung, ja Verwahrlosung der Menschen, die aus ökonomischer Hilflosigkeit und nicht überwindbarem Elend resultieren, zur selbst verschuldeten Ursache des Elends.

3.

Die Armut der *Staaten* der Dritten Welt ist etwas ganz anderes als die Not großer Teile ihrer *Völker*. Diese Staaten folgen der heute als einzig zeitgemäß geltenden Raison und setzen für den Fortschritt ihrer Macht und ihres Reichtums auf die *Vermehrung privaten Eigentums*. Dafür ist die *Armut* ihrer Bürger *produktiv*. Also legen sie sie darauf fest, sich den Eigentümern der Produktionsmittel als *Instrument* ihrer Profite anzubieten. Geldverdienen durch Lohnarbeit, soll der einzige erlaubte Lebensunterhalt des

Forum GegenArgumente

Wöchentlicher Diskussionstermin

Jeden Mittwoch um 19.30 Uhr

Ort: LMU-Historicum, Raum 402, IV.
Stock (Lift), Amalienstr. 52, U-
Bahnhaltestelle Universität

Volkes sein, damit es mit seiner Arbeit nicht nur sich ernährt, sondern dem Eigentümer der Produktionsmittel einen *Zuwachs* an Geld schafft, von dem auch der Staat seinen Teil abkriegt. Ob und in welchem Maß dieser Lebensunterhalt zustande kommt, hängt allerdings nicht vom Wunsch des Staates nach möglichst viel „Beschäftigung“ ab, und schon gleich nicht von dem Bedürfnis der Arbeitssuchenden, Geld zu verdienen. Darüber entscheiden allein die Rechnungen derer,

denen die Produktionsmittel gehören: Sie lassen mittellose Arme für sich arbeiten, sofern, in der Menge und zu dem Arbeitslohn, wie deren Arbeit ihren Reichtum mehrt und nur dann. Der moderne Lohnarbeiter kann weder durch Fleiß noch durch die Bereitschaft, sich für fast gar kein Geld herzugeben, seine Benutzung „erzwingen“. Diese hängt ganz von den *Geschäften* der Eigentümer ab, die von Land zu Land verschieden, im Ganzen aber von der Art sind, dass nur ein Bruchteil der Arbeitssuchenden eine Anstellung findet.

4.

Die wahren „Arbeitgeber“ sind heutzutage ohnehin die global disponierenden Konzerne. Sie vergleichen weltweit die Renditen, die sie aus Kapitalanlage erwarten können, legen ihr Geld vorurteilslos überall nach dem Gesichtspunkt des größten Ertrags an – und sortieren damit die Welt:

– In Ländern der so genannten *Vierten Welt*, Somalia, Äthiopien u.a., findet das internationale Profitinteresse fast gar *nichts Ausnutzbares*. In diesen Ländern läuft deshalb so gut wie gar kein Wirtschaftsleben, keine Produktion des Notwendigen und kaum ein Überleben. Aus der Welt des Eigentums, in der alles käuflich ist, aber auch gekauft werden muss, werden selbstverständlich auch diese Weltregionen nicht entlassen. Ein paar Dollar kommen dort immer noch zustande, auch dorthin kann man noch verkaufen; und als Bedingung der Möglichkeit zukünftiger Geschäfte müssen Grund und Boden und was es sonst noch gibt natürlich Privateigentum sein und bleiben.

– In Ländern, die zu *Unrecht Entwicklungsländer* heißen, macht sich das Geschäftsinteresse zumeist an speziellen *Naturbedingungen* fest: Kapital wird investiert in die Agrarproduktion für den Weltmarkt – so genannten „Cash Crops“, auf Deutsch: „Geldpflanzen“ –, in die Ausbeutung von Bodenschätzen und in die Tourismusindustrie. In diesen Fällen weckt nicht die nationale Arbeitskraft das Interesse der internationalen Kapitalisten, sondern eine *besondere Naturbedingung*. Abgesehen von den wenigen, die für Bergbau, Plantagenwirtschaft und die Bedienung der Touristen gebraucht werden, hat das Weltgeschäft für die lokale Bevölkerung keine Verwendung: Zusammen mit der in den erstgenannten Ländern bildet sie die *absolute Überbevölkerung des Weltkapitalismus*.

– In den so genannten *Schwellenländern* entdecken die internationalen Konzerne durchaus *Teile* des Volkes als *billige Arbeitskraft*, die sie zusätzlich zu der in den Metropolen oder auch statt ihrer ausbeuten. Sie lagern Teile ihrer Produktion in *Billiglohnländern* aus, exportieren Arbeitstempo und Produktivität, die sie im Stammland aus ihren Leuten herausholen, zahlen dafür aber nur die ortsüblichen Hungerlöhne. Die lokalen Regierungen bekämpfen ihre staatliche Armut, indem sie ihre Menschen zum konkurrenzlosen Billigangebot ans internationale Kapital herrichten: Sie schlagen jeden Widerstand gegen die elenden Arbeitsbedingungen nieder und werben mit dieser Dienstleistung um auswärtige Kapitalinvestitionen. Wenn in solchen Ländern tatsächlich einmal alternative Regierungen an die Macht kommen, die nationalen Fortschritt anders verstehen und eine Minimalversorgung für ihre Bevölkerung anstreben, lässt die Koalition der freiheitlichen Weltmächte nichts unversucht, um derartige soziale „Experimente“ zum Scheitern zu bringen – notfalls per Militärintervention. Trotz aller mit äußerer und innerer Gewalt niedrig gehaltenen Löhne findet auch in den Schwellenländern nur eine Minderheit regelmäßige und geregelt entlohnte Arbeit. Die Mehrheit bildet die *kapitalistische Reservearmee*, die nur in ganz besonderen Wachstumsphasen das Glück hat, einmal eine Weile beschäftigt zu werden. Oder sie ist einfach nur *völlig überflüssige Überbevölkerung*.

– Alles das ist in den „Industrieländern“ nicht grundsätzlich anders: Auch hier ist ständig ein Teil der Arbeiterschaft unbeschäftigt und vom Abstieg ins Elend nicht nur bedroht, sondern betroffen. Auch in den „Hochlohnländern“ ist die Armut Grundlage und Produktivkraft der Wirtschaft. Dazu bekennt sich diese Gesellschaft unverhohlen, wenn Politiker, Wirtschaftsführer und Meinungsmacher über viel zu hohe Löhne klagen. Von der Wirtschaftskrise über die Defizite im Staatshaushalt und in den Sozialkassen bis zur Arbeitslosigkeit werden alle Übel auf den hohen Lohn zurückgeführt, und sie sollen durch seine Senkung überwunden werden. So bestätigen die Fachleute, dass der *Reichtum* dieser Gesellschaft auf der *Armut der Arbeitenden* beruht und fordern mehr davon. Weltweit hat die Mehrheit der Menschen das Pech, dass sie durch die Gewalt der Verhältnisse auf eine proletarische Existenz angewiesen ist, ihre Arbeitskraft aber nicht nachgefragt wird. Denn über Leben-Können und Nicht-

Leben-Können der eigentumslosen Milliarden entscheidet das Kapital mit seiner Nachfrage nach Arbeit. Es definiert,

GegenStandpunkt

Politische Vierteljahresschrift 4-05

Reform der UNO:
**Vorschläge für eine
völkerrechtskonforme
Weltverbesserung - und anderer
imperialistischer Reformbedarf**

Die ökonomischen und politischen
Beziehungen Europas zu Russland:
**Euro-Imperialisten auf dem langen
Marsch nach Moskau**

Die reichste kapitalistische Macht betreut
ihre Arbeiterklasse:

**Die proletarische Fassung des
„American way of life“**

Hochschulreform heute:
**Das Projekt, Wissenschaft und
Ausbildung als Waffe in der
Standortkonkurrenz zu effektivieren**

Ferner u.a.
**Aufbruch in Frankreichs Vorstädten:
Freche Paupers – starker Staat / Die
Ukraine: eine „schlecht erzogene
Demokratie“ (FAZ) / Hurrikan
Katrina: Wie Amerika seine
Katastrophen bewältigt /
Gewerkschaften und Öffentlichkeit
decken auf: „Zustände wie im
Kapitalismus“ bei Aldi, Lidl, Schlecker
und Co.**

ISSN 0941-5831 Erscheint am
16. Dezember 2005-12-05
Bestellungen beim **GegenStandpunkt
Verlag, Augustenstr.24, 80333
München, Tel. 089/2721604, Fax:
089/2721605, e-Mail:
gegenstandpunkt@t-online.de -
Internet: www.gegenstandpunkt.com**

welche Menschen ein Lebensrecht haben, weil sie für seinen Profit gebraucht werden, und welche Menschen nach allen gültigen Maßstäben unnützlich und überflüssig sind. Sie sind daher eine bloße Last – und werden entsprechend behandelt.

... und ein Kommentar zu dieser Frage

Diese Antwort wird dem nicht genügen, der die Frage nach dem Grund für die Armut in der Dritten Welt *anders* meint: Es ist nämlich ein *Unterschied*, ob nach

dem Grund der Armut oder nach dem Grund der *besonders* großen Armut gefragt wird; im zweiten Fall gilt das *Übermaß* der Armut als kritikwürdiger Skandal, und der Grund, der gesucht wird, ist einer für eine *Abweichung von einem Normalmaß*. Diese Fassung der Frage ist beliebt bei der Solidaritätsbewegung, bei Anti-globalisierungs-Gruppen, sowie bei den christlichen Kirchen mit ihren Kollekten: „Brot für die Welt“. Tatsächlich ist der Unterschied in Gesundheit, Lebenserwartung und Lebensstandard ja riesig: Die in der „Dritten Welt“ verhungern, die in der „Ersten“ sehen ihnen dabei am Farbfernseher zu – und freuen sich, dass es ihnen selbst gut geht, *vergleichsweise* wenigstens. Manche Lohnarbeiter des Nordens können sich sogar Reisen in die Reviere der pittoresken Armut leisten und sich mit ihrem Urlaubsgeld dort wie Herren aufführen. Dennoch ändert das nichts an ihrer ökonomischen Stellung – und die teilen sie mit den Paupers in der Dritten Welt, von denen sie sich im Urlaub bedienen lassen. Ihr Unterschied entsteht auf Basis ihrer *Gleichheit*: Beide können nur leben, wenn sie fürs Kapital leben. Aus *demselben Grund* verdienen die einen *Lohn*, mit dem sie recht und schlecht auskommen, und *verhungern* die anderen. Wer allerdings das *Übermaß* der Armut in der „Dritten Welt“ für den eigentlichen *Skandal* hält, kommt in ein ganz anderes Fahrwasser. Er misst die Lage der Opfer des Kapitals aneinander und findet die *Abweichung* zwischen „Nord“ und „Süd“ *ungerecht*: Da erscheint der Lohnarbeiter der „Ersten Welt“ als reich, weil er mit dem Hungerleider der „Dritten Welt“ verglichen wird; umgekehrt erscheint dieser als arm nur durch den *Vergleich*. Der Protest, der vom Vergleich lebt und Ausgleich fordert, gerät sehr *bescheiden*: Er versteht den Lebensstandard kostengünstiger Lohnarbeiter als einen *echten und eigentlich unnötigen Luxus*. Da gilt es eher, vom *unverdienten* Reichtum etwas abzugeben und als ungehörig, mehr *Teilhabe* am existierenden Reichtum zu fordern. Den Armen im „Süden“, denen die Solidarität der Protestierenden gilt, wünscht man ein *bescheidenes Auskommen*. Freiheit von Hunger und sauberes Trinkwasser, das reicht schon. Die trostlose „Subsistenz“, die durch den Einzug der Weltwirtschaft in ihre Länder zerstört worden ist, wird als „Leben im Einklang mit der Natur“ verklärt; eine proletarische Existenz oberhalb der offiziell definierten Armutsgrenze gilt als „Mittelstand“. Der Vergleich der Armut hier und dort legt, ausdrücklich oder nicht, den *Maßstab* des Leben- und Überleben-Könnens an – und das in dieser Welt des Reichtums, in der

es von allem und für alle genug und mehr als genug geben könnte. Wer also nicht die erpresste Lebenslage von Lohnarbeitern überall, sondern die *Abweichung* ihrer Lebenslagen zum Skandal erklärt, den Grad des Elends in der Dritten Welt für das Erklärungsbedürftige hält, der unterscheidet einen *normalen, funktionierenden Kapitalismus* von einem *defizitären, nicht funktionierenden, abnormen* im Süden und fragt, warum den „Entwicklungsländern“ *fehlt*, was der „Norden“ hat. Dabei ist da nichts abnorm. Nirgendwo steht geschrieben, dass das Kapital die Menschen, die es seiner Ordnung unterwirft auch – wenigstens mehrheitlich – für seine Geldvermehrung benutzen muss. Global gesehen ist das ohnehin die Ausnahme. Dem „Süden“ fehlt nichts für die weltwirtschaftliche Rolle, die er im Weltkapitalismus spielt. Denn mehr war nicht versprochen, als dass das Eigentum alle Produktions- und Lebensbedingungen erst einmal *monopolisiert* und hinterher kalkuliert, was sich für seine Vermehrung aus diesen Bedingungen machen lässt. Wenn in den Entwicklungsländern ein mangelhafter Kapitalismus der Grund des besonders großen Elends sein soll, dann wird dem Kapitalismus ein Zweck unterschoben, den er *nicht* hat: Er soll die Weltbevölkerung ernähren und täte das auch, wenn er richtig funktionieren würde. Damit steht alles auf dem Kopf: Nicht dass die Welt dem Geschäftsinteresse untergeordnet ist, ist das Problem, sondern dass sie es noch nicht genug ist. Wer meint, dem „Süden“ fehle etwas dazu, dass es bei ihm so auskömmlich zugeht wie im „Norden“, der weiß auch schon, was: *Kapital*, dieses in einer kapitalistischen Welt *unverzichtbare Lebensmittel der Menschen*. Das Elend kommt dann nicht von der Herrschaft des Kapitals, sondern von einem *Mangel an Kapital*. Und wer sich auch noch der verkehrten Frage widmet, warum sich das Kapital nicht gleichmäßig über die Erde verteilt, warum es nicht auch den „Süden“ beglückt, der es so dringend benötigte, dem fallen statt der einen Ursache des Elends tausend falsche Sonderbedingungen ein, die vermeintlich eine „gesunde Entwicklung“ des an sich segensreichen Kapitalismus im Süden behindern: Schlechte Regierung, Korruption der Mächtigen, sowie die Trägheit der Massen, fehlende Demokratie, koloniale Benachteiligung, Protektionismus des Nordens, Überschuldung der Staaten usw. Entsprechend idealistisch und weltfremd fallen dann auch die *Lösungsvorschläge* aus: Die Korruption der Politiker muss bekämpft werden und die Trägheit der ortsansässigen Bevölkerung. Der Geldmangel der Staaten ist durch Schul-

denerlass und neue Kredite zu beheben und der der Menschen durch milde Gaben. Der Demokratie ist auf die Sprünge zu helfen, der Infrastruktur und dem Arbeitswillen. Und dann, wenn man alles „richtig“ macht, sorgt der Kapitalismus auch dort für Wohlstand. Denn dass er das „eigentlich“ tut, das ergibt sich doch zweifelsfrei aus dem Vergleich mit hier. Dass die Zustände hierzulande das Normale sind und der Hunger die Ausnahme ist, da ist man sich trotz des beständig gegenteiligen Augenscheins ganz grundlos sicher. Übrigens wird der Vergleich zwischen einer „gesunden kapitalistischen Normalität“ und einer „unnormalen Fehlentwicklung“ heute eher in umgekehrter Richtung durchgeführt. Die deutschen Lohnarbeiter bekommen von ihren Chefs gesagt, dass sie *zu teuer* sind für deren Gewinn, und dass ihre Arbeit in Tschechien, Portugal und erst recht in Südostasien viel billiger erledigt wird. Andere Völker arbeiten länger und machen es für weniger Lohn – und das geht auch! Dort wandert das Kapital hin, Arbeitslosigkeit haben sich die Arbeiter selbst zuzuschreiben, wenn sie so unflexibel sind, ihren Lebensstandard nicht in Richtung „Dritte Welt“ zu reformieren. 35-Stunden-Woche, Tariflohn, Krankenversicherung und Altersversorgung – alles wird als Luxus betrachtet und behandelt, der dem Geschäftserfolg in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz abträglich ist und deshalb zur Marktwirtschaft auch nicht passt. Inzwischen ist das Lohnniveau im Norden eine Fehlentwicklung, die korrigiert gehört, und die Armut in der Dritten Welt ein Vorbild. Die Experten in Sachen Marktwirtschaft haben kein Problem damit zuzugeben, dass der Reichtum dieser Gesellschaft auf der Armut der Arbeitenden beruht. Im Gegenteil, sie klagen, dass es hierzulande zu wenig davon gibt. Tatsächlich ist es immer dasselbe: Die Eigentumsordnung des Kapitalismus macht die Menschen unfähig, für ihr Leben selbst zu sorgen; sie zwingt alle, ihre Chance darin zu suchen, dass sie sich dem Kapital *dienstbar* machen. Während die Freunde der sozialen Gerechtigkeit die Lebensverhältnisse unter dem Kapital hier und dort vergleichen, vergleicht das Kapital die *Leistung* und *Billigkeit* der Völker praktisch – das heißt, es spielt sie *gegeneinander* aus. Wenn dann die Menschen endgültig von dieser Ordnung umfassend erpresst sind und niemand mehr leben kann, wenn er nicht fürs Kapital lebt, dann finden sich welche, die die Sache umdrehen: Sie erklären mit dem Verweis auf diese *Alternativlosigkeit* das Kapital zum *Lebensmittel* der Menschheit.

Regionale Schutzzentren für Flüchtlinge in Afrika:

Europäische Flüchtlingshilfe – durch Armutsaufbewahrung vor Ort

Im Oktober 2005 ist Europa von den Ereignissen, die sich seit Jahr und Tag an den Grenzen seiner auf marokkanischem Boden gelegenen Vorposten Ceuta und Melilla abspielen, geschockt: „*Die unerträglichen Bilder dieser Kinder, Frauen und Männer, die im Stacheldraht hängen, abtransportiert und ohne einen Tropfen Wasser in der Wüste zurückgelassen sind, erinnern uns an ein Dauerdrama, das wir nicht sehen wollen.*“ (Gemeinsame Erklärung der Europaminister Frankreichs, Spaniens und Italiens, Libération. 21.10.). Was die europäischen Minister da „nicht sehen wollen“, ist ihr ureigenes Werk. Es sind eben die *Konsequenzen der weltweiten Konkurrenz*, an der europäische Politiker höchst interessiert sind, dass einem Großteil der Menschen in der so genannten 3. Welt nicht einmal das Nötigste zum Leben bleibt, weswegen sie massenhaft versuchen, von dort abzuhausen. Dementsprechend „unerträglich“ wurde die „Außengrenze des Schengenraums“ gestaltet, sodass mit der Höhe des Stacheldrahts auch das Risiko entsprechend hochgeschraubt wurde, sich darin blutig zu verheddern. Die Flüchtlinge sollen von dieser Sorte Grenzsicherung möglichst effektiv *abgeschreckt* werden, damit sie dort bleiben, wo sie sind.

Zu diesem Zweck hat sich die EU noch etwas Neues einfallen lassen und die Einrichtung von „*regionalen Schutzzentren*“ beschlossen für Flüchtlinge in den diversen Ländern Schwarzafrikas. Die Vorteile für die Flüchtlinge liegen auf der Hand: Statt erst langwierig und umständlich eine „Höllenfahrt“ über unsichere Gewässer bis in die Kernländer Europas zu überleben, anschließend ihren Asylantrag abschlägig beschieden zu bekommen und in Handschellen den Rückflug anzutreten, könnten sie sich gleich *vor Ort* abschieben lassen – sofern sie nicht zu den glücklichen „weniger als 1 Prozent“ gehören, denen unter den aktuell gültigen Bedingungen auch heute schon die Weiterreise in ein europäisches Land erlaubt wird. So passen einerseits das tätige Mitleid für Afrikas Arme und der aktive „Schutz“ Europas harmonisch zusammen: Ersteres ist die *verlogene Moral zum politischen Vorhaben*, Europa

von Hungerleidern aus aller Welt frei zu halten. Der Grund für die Flüchtlingsströme liegt darin, dass die weltwirtschaftlich maßgeblichen Nationen ihren Geschäftsleuten die Welt geöffnet haben, indem sie die allgemeine Freiheit des Waren-, Kapital- und Personenverkehrs als *Prinzip* weltweit verbindlich gemacht haben. Bis in die hinterletzten Erdenwinkel haben sie damit Lebens- und Produktionsbedingungen der Bevölkerung den *Profitkalkulationen* ihrer Unternehmer *unterworfen* und zu *Mitteln* ihres *nationalen Wachstums* gemacht – oder sie auch für *unbrauchbar* befunden. Die Folge davon ist, dass die Leute in den Staaten, die nicht das Glück haben, zu den maßgeblichen zu gehören, sowohl wegen des *Stattfindens* als auch wegen des *Nichtstattfindens* von Geschäften verhungern, die Natur verödet und die Staatsmacht „zerfällt“. Die absehbare Folge davon sind wiederum Arme aller Art, deren materielle Not und deren daraus resultierende Drang, in die Zentren des Weltgeschäfts zu gelangen, nicht weniger eine Leistung des globalen Kapitalismus ist. Die so ausgelösten Migrations- und Flüchtlingsströme bewegen sich nicht zufällig alle in Richtung der Länder der Ersten Welt. Denn auch das ist eine Errungenschaft des modernen, weltumspannenden Kapitalismus: Dank Fernsehen und der modernen Kommunikationsmittel und nicht zuletzt durch die Tätigkeit ausländischer Hilfsorganisationen erfahren selbst Dorfbewohner aus Zentralafrika, die bis vorgestern nichts von Europa wussten, wo ein besseres Leben möglich ist – jedenfalls im *Vergleich* zum heimischen Elend. Deswegen ist Europa zu einem bevorzugten Ziel von Zuwanderern aus der ganzen Welt geworden und genau deshalb wird eben dieses Europa immer unzufriedener damit, dass sein Grenzregime offenbar nicht wirksam genug ist, um sich die unerwünschten Armutsgestalten vom Leib zu halten. Wenn „*20.000 in Algerien auf die Gelegenheit warten, nach Marokko zu gelangen, 10.000 bereits auf dem Weg zu den beiden Enklaven sind*“, wie Le Monde am 14.10. berichtet, dann spricht das für verantwortungsvolle europäische Politiker nicht Bände darüber, wie desaströs die politökonomischen Zustände in Marokko, Mauretanien, Mali, Niger,

Tschad usw. sind, sondern dafür, dass der Stacheldrahtzaun von Ceuta & Melilla gehörig erhöht gehört. Zumal dieselben Europapolitiker mit den Erfolgen ihres Umspringens mit den Flüchtlingen, die es schon nach Europa hinein geschafft haben, auch höchst unzufrieden sind. Da werden die unliebsamen Migranten in überfüllten Internierungslagern kaserniert und systematisch schikaniert. All das soll ihnen die Rückkehr in die zerstörten Existenzbedingungen in ihrer Dritten Welt schmackhaft machen, trägt aber einfach nicht ausreichend Früchte. Es befinden immer noch viel zu viele Betroffene diesen Umgang für bekömmlicher als das schwarzafrikanische Ambiente, vor dem sie geflüchtet sind. Deswegen macht Europa Ernst mit der „Einsicht“, dass die Flüchtlinge an unsere Grenzen schwappen, weil die einschlägigen *Herkunftsstaaten* weder willens noch in der Lage sind, ihr einheimisches Menschenmaterial, das bei ihnen nicht bleiben will, dennoch bei sich festzunageln. Einige weigern sich sogar „*entgegen ihrer internationalen Verpflichtungen, der Rückführung illegaler Migranten zuzustimmen*“ (Schily). Mit den neu zu errichtenden „Aufnahmeeinrichtungen“ können die afrikanischen Souveräne über Land und Leute ihre *Souveränität*, oder was davon übrig ist, sinnvoll verwenden, statt mit Bürgerkriegen und politischen Unruhen, die niemand bestellt hat, unangenehm aufzufallen. Sie sollen den Opfern ihrer inneren Verhältnisse helfen, indem sie sie einfangen und ihnen auf ihrem Land mit ein paar Rollen Stacheldraht eine vorläufige Heimstatt bieten. So bekommen diese staatlichen Armenhäuser die Chance, als *Verwahranstalten* für ihren menschlichen Ausschuss einen nützlichen und anerkannten Dienst zu tun. Das wäre mal ein überzeugendes Beispiel von guter Regierung („*good governance*“)! Und wenn diese afrikanischen Staaten als *Erfüllungsgehilfen* europäischer Migrationspolitik unfähig sind, solche Lager zu betreiben, dann hilft ihnen Europa dabei großzügig. Einerseits mit ein paar Geldmitteln, die nicht groß ins Gewicht fallen, denn „*die Kosten, die wir für die Unterbringung von illegalen Migranten und Asylsuchenden aufbringen müssen, sind nach Expertenschätzungen 150mal*

höher als jene, die wir für ein auskömmliches Leben der Menschen in ihrem Heimatland aufwenden müssten.“ (Schily); andererseits stellt Europa das geschulte Personal der Lagerverwaltung, gedacht ist an die EU oder das UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der UNO). Wer sonst wäre auch in der Lage vor Ort eine gewissenhafte und gerechte Selektion zu treffen „zwischen der großen Gruppe der Armutsmigranten, die keinen Anspruch auf politisches Asyl haben ... und jener kleinen Gruppe von Flüchtlingen, ... die tatsächlich politisch, religiös oder rassisch verfolgt werden“ (SZ 10.10.) Keinesfalls wollen menschenfreundliche Europapolitiker aber darauf verzichten, ihre Vorhaben in Bezug auf das Fernhalten unerwünschter Armutsgestal-

ten so zu begründen, dass es als einzige Wohltat an denen erscheint. Für die Verfechter der besten aller möglichen Welten ist es einfach unvorstellbar, dass ihre Benutzung und Kontrolle der ganzen Welt nicht mit den höchsten ethischen Maßstäben *zusammenfallen* soll, die sie sich selbst und dem Rest der Welt verschreiben. Bei den geplanten Lagern in den Flüchtlingsländern, verbürgt daher allein schon die Namensgebung die schiere Menschenfreundlichkeit dieser Einrichtungen. Die dürfen deswegen auch nicht Lager heißen, wie Bundesinnenminister Schily „zum hundertsten Mal“ klarstellt. „Ich spreche von Aufnahmeeinrichtungen oder Anlaufstellen. Das ist zweierlei.“ (FAZ, 9.10.). Fortschrittliche Flücht-

lingsbekämpfung bekennt sich zu dem Grundsatz, dass sie die *Aufbewahrung* der Elendsgestalten inmitten ihres heimischen Elends bei Anlaufstellen der EU oder des UNHCR organisiert. Dort werden sie „geschützt“ – zum einen vor sich selbst, nämlich davor, sich auf mit wenig Aussicht auf Erfolg, aber viel absehbarem eigenem Schaden auf die Socken an europäische Gestade zu machen. Zum anderen werden sie geschützt vor Menschenhändlern, die sie auf minderwertige Boote im Mittelmeer setzen oder sie irgendwo im wüsten Niemandsland zwischen Marokko und Algerien im Stich lassen. Wohl den Flüchtlingen, die solch fürsorgliche wie mächtige staatliche Paten haben!

Der Schuldenerlass des G 8-Gipfels in Gleneagle: Können 280 Millionen Afrikaner nun ruhiger schlafen?

1. Es war mal wieder Zeit für einen Schuldenerlass für die sogenannten "hochverschuldeten armen Länder" (HIPC = Highly Indebted Poor Countries). Das hat Großbritannien, federführend für das Gipfeltreffen der G 8 im Juli, auf die Agenda gesetzt, und es ging, wie es hieß, nur noch um die Modalitäten. Diese Initiative wird grundsätzlich begrüßt und soll für die guten Absichten der "führenden Wirtschaftsnationen" sprechen. Der bekannte Bob Geldof, der zu diesem Anlass wieder große Wohltätigkeitskonzerte organisiert hat, sieht darin als Erstes einen Sieg für die NGOs, die sich dafür schon immer engagieren: *"Das ist jetzt schon ein Sieg für die Millionen Leute, die an den Schuldenerlass-Kampagnen rund um die Welt teilnehmen..."* Und erst recht ist es eine großartige Tat für die Armen in diesen Ländern: *"Morgen werden 280 Millionen Afrikaner zum ersten Mal in ihrem Leben aufwachen, ohne dir oder mir einen Penny aus der auf ihnen lastenden Schuld zu schulden, die sie und ihre Länder so lange verkriepelt hat."* (The Guardian, 13.6.05) Auch irische Schlagersänger beherrschen die Albernheit, die Bemühungen der nationalen Veranstalter und Betreuer eines *internationalen Geschäftsverkehrs* um eine Verbesserung ihrer jeweiligen Handelsbilanz, ihrer Geldüberschüsse und Devisenbestände, in *eins* zu setzen mit dem Bestreben, dem eigenen oder einem fremden Volk zu einem Überleben zu verhelfen. Wie selbstverständlich setzt so eine Knalltüte die „Armut von Staaten, die in ihren Schuldenbilanzen bemessen ist, gleich mit

der Not der Mehrheit ihrer Untertanen. Auch die Tatsache, dass die Zahl der in Frage kommenden hochverschuldeten armen Länder kontinuierlich zugenommen hat, obwohl es Schuldenerlasse schon seit einigen Jahren gibt und auch früher schon routinemäßig Schulden bei einzelnen Ländern durchgestrichen wurden, macht so einen Menschen nicht stutzig, vielmehr will er nur "nach vorne schauen" und ganz fest daran glauben, dass es für die "Ärmsten der Armen" jetzt nur besser werden kann.

2. Die afrikanischen Nationen, um die es bei der G 8-Initiative hauptsächlich geht, haben über Jahrzehnte bei den "entwickelten Nationen" um Kredite nachgesucht, um ihrerseits eine "nationale Entwicklung" zu finanzieren. Diese Nationen, die damals noch "Entwicklungsländer" hießen, wollten sich mit diesen Krediten tauglich machen für die Teilhabe am Weltmarkt; sie nahmen sich ein Vorbild an den "führenden Industrienationen", zu denen sie – so der damalige Idealismus von "Entwicklung" – aufschließen würden. Dafür haben diese "Industrienationen" durchaus bedeutende Kreditsummen bereitgestellt: Die kamen im wesentlichen den dortigen Staatsmächten zugute, denn die sollten erstens für eine gewisse Ordnung sorgen und zweitens ein Wachstum überhaupt erst einmal in die Wege leiten. Es hieß, dafür hätten sie eine gute Vorbedingung, nämlich ihre sogenannten "natürlichen Reichtümer". Allerdings hatten sie für diese gar keine Verwendung; als soeben freigelassene Kolonien verfügten sie

überhaupt nicht über Industrien, die diese Naturschätze hätten produktiv nutzen können. Also mussten sie sie an die Geschäftsleute der Länder verkaufen, die die Standorte solcher Industrien waren. Der Verkauf der Rohstoffe sollte dazu dienen, dass die Entwicklungsländer an den "künstlichen" Reichtum herankommen, der in der kapitalistischen Welt wirklich zählt, nämlich das *Geld* der anderen Nationen. Und das sollte das Mittel sein, um die Ex-Kolonien zu *entwickeln*, nämlich zu Industrieländern. – So wurde es auf den Entwicklungshilfe-Konferenzen in den Jahrzehnten nach der Entkolonialisierung immer beschworen. Das Resultat ist an den hochverschuldeten armen Ländern, aber auch an einer lange Reihe von Staaten, die nur unwesentlich darüber liegen, zu besichtigen. Sie haben sich mit den "Entwicklungshilfe"-Krediten dafür hergerichtet, ihre "natürlichen Reichtümer" weltmarktfähig zu machen, sie im Export verkaufen zu können – *reicher* geworden sind dabei immer nur die "Industriestaaten", die diese "Güter" zu einem offensichtlich nur für *sie* vorteilhaften Preis *gekauft* haben. Die "Entwicklungsländer" sind ihrem Ziel der "Entwicklung", womit sie den *Aufbau einer kapitalistischen Ökonomie* meinten, keinen Schritt näher gekommen, vielmehr hat dieser Export sie immer nur *ärmer* gemacht. Der Erlös aus diesen "natürlichen Gütern" ist nämlich vollständig *abhängig* von den Kalkulationen der Geschäftsleute, die in Nationen sitzen, die schon kapitalistisch entwickelt *sind*; sie zahlen für diese "Güter" nur Preise, die sicherstellen, dass deren Verwendung in

ihrem Produktionsprozess ihren Reichtum vermehrt, und die Abnahme dieser "Güter" ist zudem noch abhängig von den Konjunkturen, die sich aus ihrem Geschäftsleben ergeben. Umgekehrt waren und sind die "Entwicklungsländer" auf den Absatz ihrer Rohstoffe auf Gedeih und Verderb angewiesen. Sie können deren Verkauf nicht davon abhängig machen, dass deren Preise ihre von auswärts kreditierten "Vorschüsse" für Erschließung und Infrastruktur sowie ihre Herrschaftskosten wieder einspielen, weil sie wegen des Zwangs zur Bedienung der Kredite verkaufen *müssen*. Kein Wunder, dass sich bei den "Entwicklungsländern" nur eines entwickelte: Schuldenberge und damit die Notwendigkeit, immer wieder Umschuldungen, also neue Kredite zur Bedienung der alten, beantragen zu müssen. Vollständige und bedingungslose Schuldenerlasse kommen bei den Kreditgebern nämlich selbst dann nicht in Frage, wenn für alle Beteiligten klar ist, dass die Schuldnerländer nie in der Lage sein werden, ihre Kredite termingerecht zu verzinsen und zu tilgen. Denn auch "notleidende" Kredite tun für die Gläubigerstaaten noch gute *politische* Dienste. Sie dienen der *Einflussnahme* auf die zahlungsunfähigen Länder. Bei diesem Gipfel unter dem in den Heimatländern des Imperialismus hoch angesehenen Titel der "Bekämpfung der Korruption". Daher ist ein Schuldenerlass nie einfach ein Schlussstrich unter die aufgelaufenen Schulden, um einen schuldenfreien Neuanfang zu ermöglichen. In der Formelsprache des Schuldenerlasses aus dem Jahr 2000, beschlossen von den G 7 in Köln, wurde das so ausgedrückt: Die "Schulden-Export-Relation" sollte für diese Länder auf etwa 200 Prozent *gesenkt* werden. Das heißt: Ihre Schulden waren auch nach dem Erlass immer noch doppelt so hoch wie ihre Einnahmen aus dem Export ihrer "natürlichen Reichtümer". Der Export dieser "Reichtümer" hat also weiterhin ihre Schulden vermehrt, die Teilstreichung hat nur eines verändert: Sie hat die Steigerungsrate der Verschuldung – meist nur vorübergehend – verringert. Der Kredit, den man ihnen gegeben hat, hat also immer nur in eine Richtung gewirkt: Er sorgte für eine gewisse Stabilität der politischen Herrschaft, die wiederum Produktion und Abtransport der "Güter" garantierte, die im kapitalistischen Produktionsprozess gebraucht werden. Die damit gestiftete Abhängigkeit und der ökonomische Nutzen, den sie aus diesen Ländern zogen, war den imperialistischen Herrschaften dann auch eine beständige Verlängerung der Kredite wert. Wenn die Einnahmen dieser Länder am Export nicht ausreichten, um die Zinsen für die ihnen

gewährten Kredite zu bezahlen, erklärten die imperialistischen Staaten nicht den Konkurs ihrer Zöglinge, sondern kümmernten sich – vermittelt über ihre Kreditagentur IWF – immer mehr selbst um die Schuldenbedienung, zahlten sich, zumeist in sehr komplizierten Abkommen, ihre Zinsen selbst.

3. Der neue Schuldenerlass beendet diese Technik der Kreditprolongation. US-Staatssekretär John Snow begründet das mit einer "Ungeduld" der "reichen Länder": Die sind nach seinen Worten "*den endlosen Zirkel des ‚borrow and forgive‘*" – also des Verleihens und Erlassens – "*leid und akzeptieren stattdessen lieber, dass Schulden, die niemals bezahlt werden, ein für allemal abzuschreiben sind*". (Ebd.) Was wie eine resignierte Einsicht klingt, ist ein *vernichtendes Urteil*. Die Kreditierung dieser Staaten hat sie nicht existenzfähig gemacht, sie bei aller Untauglichkeit aber auch nicht aus der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgeschlossen; sie haben an ihr teilgenommen – und alles kapitalistisch doch Verwertbare ist aus ihnen herausgepresst worden. Diese Staaten, deren jetzt konstatierte *Überschuldung* nichts anderes ist als das Resultat ihrer als unerlässlich und für vernünftig erachteten *Verschuldung*, bekommen nun – nachdem der IWF ihre Anstrengungen jahrelang mit seinen berüchtigten "Auflagen" schärfstens kontrolliert hat – einen Schuldenerlass. Damit wird das alte Kredit- bzw. Schuldenregime außer Kraft gesetzt, das Minus, das diese Staaten angehäuft haben, wird als endgültig uneinbringlich qualifiziert und ein Teil davon weggestrichen. Das bedeutet aber keinesfalls, dass sie nun wieder *kreditfähig* sind. Auch wenn manchmal, insbesondere von den NGOs, so getan wird, als würden durch die Streichung den Staaten "neue Mittel" zufließen – auch das verringerte Minus drückt nichts weiter aus als ihren ökonomischen Ruin. Daran ändert auch eine verringerte Zinszahlung nichts – sofern diese Staaten überhaupt noch Zinsen zahlten. Dieser Ruin wird nun in Form des neuen Minus als eine Art *Offenbarungseid*, als Dokument der endgültig verriegelten Sackgasse, welt- und finanzweltöffentlich niedergeschrieben. Über diese Staaten und damit auch über die "280 Millionen Afrikaner", die nach der verrückten Vorstellung des Bob Geldof "*morgen ohne die auf ihnen lastende Schuld aufwachen werden*", ist ein *internationales Konkursverfahren* eröffnet worden. In diesem Verfahren geht es darum, welche *Staatlichkeit*, d. h. welche Art von Staatsgewalt und was für ein Umfang an Staatsaufgaben für diese

Armenhäuser des Imperialismus noch für nötig erachtet, ihnen also aufgeherrscht wird. Der menschenfreundlich daherkommende und doch zugleich verräterische Obertitel, unter dem das läuft, lautet "*Armutsbekämpfung*". Für nichts anderes mehr sollen die Staaten zuständig sein als für die *Eindämmung und Kontrolle* des bei ihnen eingerissenen ungeheuren Elends. An erster Stelle steht Aids, denn die Krankheit soll schließlich in Afrika bleiben; dann sollen die verelendeten Massen das Minimum an Subsistenz bekommen, das früher in Afrika eine Selbstverständlichkeit war; dann noch ein bisschen Bildung... *Dabei* bekommen sie – vielleicht – auch "Hilfe" in Form von "donations" oder "grants"; das sind vom Kredit scharf zu unterscheidende Geldzuwendungen, über die der Beschenkte *keine* freie Verfügung hat, über deren Verwendung vielmehr der Schenker entscheidet. Dieses Geld ist ein Teil der *Kontrolle*, die von außen ausgeübt wird: Diese dringt darauf, dass die Staaten sich *eigene Ambitionen*, insbesondere solche, die an den alten Idealismus der "Entwicklung" erinnern, abschminken – und wenn sie sich dabei nichts zuschulden kommen lassen, also *totale Unterwerfung* praktizieren, spendiert man ihnen das Etikett "good governance" und vielleicht eine Handvoll Dollar mehr.

4. Bei diesem Konkursverfahren fließen, neben den "donations" und "grants", dann doch wieder Gelder: 1,3 Mia. \$ während der nächsten 3 Jahre, aufzubringen von den G 8. Diese vergleichsweise lächerliche Summe – über deren Aufbringung bzw. Aufteilung heftig gestritten wird – ist natürlich nicht für die hochverschuldeten armen Länder da, sondern dient einem *imperialistischen Gemeinschaftszweck*. Leidtragende des Konkursverfahrens sind nämlich nicht diese Länder – denen ist ja gerade eine "Wohltat" erwiesen worden –, sondern die "Internationalen Finanzinstitutionen" IWF, Weltbank und Afrikanische Entwicklungsbank. Denen fehlen jetzt Zinsen aus den früheren Prolongations- bzw. Umschuldungsabkommen, was die Frage aufwirft, ob sie die weiterhin bekommen sollen und, wenn ja, von wem. Der Streit um dieses Geld hat darum eine besondere Schärfe, weil die USA erst mal gar nichts bezahlen wollen: Die legen seit Beginn ihres ‚Antiterror-Krieges‘ nur noch sehr mäßigen Wert auf imperialistische *Gemeinschaftsinstitutionen*, da in diesen ja immer eine gewisse Mitsprache ihrer "Partner", sprich: Konkurrenten, institutionalisiert ist, was sich mit ihrem Anspruch aufs *Weltordnungsmonopol* nicht gut verträgt und

weswegen sie diese Institutionen lieber herunterfahren wollen. An diesen Streit schließt sich der nächste an: *Wer* von den Aufsichtsmächten hat *wie viel* bei der neuen Kontrolle der soeben dekretierten Armenhäuser mitzureden – auch das schlägt sich in dem verbissenen Feilschen um Anteile an der Zinszahlung, neue "Fazilitäten" etc. nieder. Die USA haben sich erweichen lassen und stehen für einen Teil der ausfallenden Zinsen ein. Dafür haben sie einen halbseidenen und einen guten Grund. Der halbseidene ist, dass George Bushs Freund Tony Blair,

Vorsitzender der Gipfeltreffens, auch mal ein Erfolgserlebnis braucht, dass nämlich zur Abwechslung der große Partner auf der anderen Seite des Atlantik auf ihn hört – das poliert das Image Großbritanniens innerhalb der G 8 und in Europa auf, was letztlich auch wieder den USA nützt. Der gute Grund ist: Afrika gilt als ausgemachter "Sumpf des Terrorismus" und die USA können sich vorstellen, die Schuldenerlass-Initiative mit ihrem ganzen Drumherum in ihren 'Antiterror-Krieg' mit einzubauen, heißt: sie dafür zu funktionalisieren und die

konkurrierenden Aufsichtsmächte mit einzuspannen. Damit kommt den hochverschuldeten armen Ländern die letzte Ehre zu: Sie dienen als *Material für eine innerimperialistische Konkurrenz-affäre*. Am schönen Schein, dass es bei all dem nur um "Hilfe für Afrika" ginge, wird selbstverständlich festgehalten. Ob deswegen "280 Millionen Afrikaner" besser schlafen können?



Die Globalisierungsgegner und die Globalisierungs-Ideologie

Bei denjenigen, die sich selbst die "Gegner der Globalisierung" nennen, gibt es die unterschiedlichsten Auffassungen und Strömungen. Da gibt es Gewerkschafter aller Couleur, ziemlich viele kirchliche Organisationen, alternative Professoren der Volkswirtschaftslehre, Freunde der Bewahrung indigener Kulturen, Kritiker des Kapitalismus, die auf Marx-Zitate zurückgreifen, Umweltaktivisten, Schwule und Lesben usw. usf. Die "Bewegung" ist stolz darauf, dass all diese Auffassungen, die oft genug recht gegensätzlich sind, in der "Bewegung" nebeneinander existieren können – denn auf die je einzelne Auffassung kommt es ja gar nicht an. Geeint sind sie nämlich darin, dass sie alle einen Beitrag leisten wollen zum Widerstand gegen ihren *gemeinsamen Feind*: gegen die weltmächtige und "menschenverachtende" Allianz von IWF, Weltbank, WTO und den sogenannten Transnationalen Konzernen.

1.

Die Institutionen, die die Globalisierungsgegner für die Durchsetzung der "Globalisierung" verantwortlich machen, existieren schon sehr lange. IWF, Weltbank und GATT – aus dem später dann die WTO geworden ist – sind *staatliche Schöpfungen* und es gibt sie seit 1945. Wenn man "Globalisierung" einmal schlicht nimmt, nämlich als: Weltweit-Machen von Handel und Kapitalverkehr, dann gibt es sie, seit es den Kapitalismus gibt, und seit 1945 unter besonderer Betreuung durch die genannten Institutionen. Die Staatenwelt – früher noch mit der großen Ausnahme der Sowjetunion und ihrer Verbündeten – weiß als *zwingendes Gebot ihrer Wirtschaftsweise*, dass der grenzüberschreitenden Tätigkeit des Kapitals immer mehr Möglichkeiten und Freiheiten verschafft werden müssen – die nationale

Kapitalmacht bedarf zu ihrer Entfaltung der Be- und Ausnutzung des Weltmarkts. Das hat die "Multis", die es auch schon ziemlich lange gibt, so richtig in Schwung gebracht und wachsen lassen, denn die Tätigkeit der Institutionen war ja gerade darauf berechnet. Umgekehrt ist klar, dass kapitalistische Staaten nicht einfach bloß so für die Internationalisierung des Kapitals sind, sondern sie selbstverständlich mit der *Berechnung* betreiben, dass sie zum *nationalen Vorteil* ausschlagen soll. Der Ort, an dem dieser Widerspruch – der zwischen dem *gemeinsamen Interesse* an weltweiter Kapitalisierung und den *konkurrierenden Interessen* am Ertrag daraus – auf der höchsten diplomatischen Ebene ausgetragen wird, sind eben IWF, Weltbank und GATT/WTO. Diese Institutionen sind also Agenten des weltweit agierenden Kapitals, sind es aber nur in dem Maße, auf das, und in dem Rahmen, auf den sich die Staaten *einigen*. Genauer gesagt: Die Macht dieser Institutionen ist gar nicht ihre eigene; sie wird ihnen vielmehr von ihren Auftraggebern, den Weltwirtschaftsmächten, verliehen. Von deren Einigung sind nämlich die Regeln der Weltmarktkonkurrenz abhängig, an die sich diese Institutionen zu halten haben. Klar, dass dieser Kampf um Einigung – an der formell zwar weiterhin alle Staaten beteiligt sind – nur von einigen wenigen, den kapitalmächtigen, bestimmt und entschieden wird, was wiederum ihrer Kapitalmacht zugute kommt. Immer mehr Staaten sind im Zuge *dieser* "Globalisierung" in die wirtschaftliche und politische Bedeutungslosigkeit versunken, während die mächtigen Staaten eben in und mit ihrer Konkurrenz in der Zurechtweisung der Welt für ihre Bedürfnisse und ihren Reichtum vorangeschritten sind. – Das wurde aber 40 oder mehr Jahre lang niemals, genauso wenig wie das staatlich gestiftete und begleitete

Wachstum der Multis, als "Globalisierung" bezeichnet.

2.

Eine Neuheit ist dagegen die Erfindung und Verbreitung des *Schlagworts* "Globalisierung". Bekanntlich sind darauf nicht die Globalisierungsgegner gekommen, sondern die *Staaten*, die als "Weltwirtschaftsmächte" die Maßstäbe der Konkurrenz auf dem Weltmarkt setzen. Was die über Jahrzehnte *betrieben* haben, nämlich den ganzen Globus mit ihren Kapitalverwertungsinteressen zu überziehen, bezeichnen sie nun mit dieser Modevokabel – aber mit einem entscheidenden und alles verdrehenden *Zusatz*. Sie behaupten nämlich, sie seien der "Globalisierung" *ausgesetzt*. Da gibt es jetzt also das international agierende Kapital, dessen sich – ausgerechnet die kapitalstärksten – Staaten angeblich *erwehren* müssen. Sozusagen reihum bezeichnet sich jeder dieser Staaten als *Opfer* der Konkurrenz, die er über Jahrzehnte vorangetrieben hat. Diese *Lüge* ist zu der Ideologie der heutigen *Macher* geworden. Mit dieser Ideologie ziehen sie eine Maßnahme nach der anderen durch, die von nichts anderem zeugen als dem unbedingten Willen, in der Konkurrenz der Nationen zu bestehen und *andere* Nationen zu den *wirklichen* Opfern, also Konkurrenzverlierern zu machen. Damit wird der *nationalen Arbeitskraft* in der Konkurrenz der Nationen ein neuer Status aufgezwungen: Sie soll als *Waffe* in dieser Konkurrenz eingesetzt werden, indem sie *verbilligt* wird. Was das für die beschäftigten und beschäftigungslosen Arbeitskräfte bedeutet, kennt jeder: Unter Titeln wie "Modernisierung des Sozialstaates" und "Standortsicherung" spricht der Staat erstens klipp und klar aus, dass er den Zugriff auf alle Lebensumstände seines

Arbeitsvolkes hat und dass er es zweitens als Material im Kampf gegen andere Nationen beansprucht und einsetzt. Deswegen befindet er es drittens als *zu teuer*. Dies führt er viertens darauf zurück, dass er ihm in der Vergangenheit zu viele "Besitzstände" zuerkennen habe, die nicht mehr "in die heutige Zeit der globalen Konkurrenz passen" sollen. Daher "muss" er fünftens diesen Fehler schleunigst korrigieren und dem Volk diese "Besitzstände" wieder aberkennen. Natürlich wird das sechstens immer von einem "leider" begleitet: Nur auf Grund der äußeren Zwänge der Globalisierung "müsse" sich der Staat so verhalten. Mit dieser Globalisierungsideologie rechtfertigt der Staat das, was er als führender kapitalistischer Staat *will*, als unabänderlichen "Sachzwang".

3.

Wie anfangs gesagt, bezeichnen die Globalisierungsgegner die Allianz von IWF, Weltbank, WTO und Transnationalen Konzernen als ihre gemeinsamen Gegner und finden sich darin zusammen. Damit machen sie den Fehler, dass sie die "Globalisierungs"-Ideologie der Staaten *bitter ernst* nehmen. Statt zu kritisieren, was ihre Staaten *zu Hause tun*, um sich in der globalen Konkurrenz durchzusetzen, melden sich die Globalisierungsgegner am entgegengesetzten Ende, auf der obersten Ebene der *internationalen* Konkurrenz, zu Wort. Hier erst fällt ihnen das "Unsoziale" des Kapitalismus überhaupt so richtig auf, und zwar als Folge dessen, dass der Kapitalismus es mit seiner Internationalisierung *zu weit* getrieben haben soll. Dass die Staaten das, was sie ihren Völkern zumuten, als *Folge* des angeblichen "Sachzwangs" der "Globalisierung" *bezeichnen*, glauben ihnen Globalisierungsgegner; sie glauben, dass die Staaten – auch die führenden – der "Globalisierung" *tatsächlich unterworfen* sind. Alle Länder kommen ihnen so als Opfer der Globalisierung vor. Das "Unsoziale", das sie ihren Völkern und dem Rest der Welt antun, erscheint ihnen dann als deren unausweichliche Folge. Eine Kritik an den führenden Nationen haben sie dabei schon: Sie hätten doch bei dieser internationalistischen "Übertreibung" selber mitgewirkt – sei es, indem sie sich von den Multis und internationalen Institutionen entmachten ließen, sei es, dass sie einer "neoliberalen Ideologie" verfallen seien und die Internationalisierung – von dieser Ideologie verblindet – vorangetrieben haben. Aber wie sie nun selbst sagen, sind sie Betroffene dessen, was sie mit sich haben

machen lassen oder selbst angezettelt haben – und nach Auffassung der Globalisierungsgegner müssten sie daraus die Lehre ziehen, dieser Vonselbständigung der internationalen Kapitalmacht Einhalt zu gebieten. Wenn die – neu entstandene – Protestbewegung sich ausschließlich zu hochrangigen *internationalen* Treffen einfindet und *dort* viel Leidenschaft und Empörung an den Tag legt, hat das also seine Logik. Sie nimmt die "Globalisierungs"-Lüge ernst und glaubt, dass Staaten unter der Internationalisierung des Kapitals leiden und sich von daher zu den "sozialen Härten" gezwungen sähen, die sie ihren Völkern zumuten. Damit ist ein *Gegensatz* zwischen ‚national‘ und ‚international‘ eröffnet, der besagt: Wenn man der internationalen Betätigung des Kapitals freie Bahn verschafft, dann führt das aufgrund von dessen "räuberischer" und "profitieriger" Natur zu einem einzigen *Auswuchs*. Der wäre aber *nicht* eingetreten, wenn die Staaten die *nationale* Kontrolle über das Kapital-geschehen behalten hätten. Und dieser Auswuchs ließe sich wieder zurückstutzen, wenn die Staaten sich *gemeinsam* darauf *einigten*. Der nationalen Politik wird so der "Schutz des Sozialen" zugewiesen. Die Pflicht des Nationalstaates sei die *Zähmung* des Kapitalismus, der als "globaler" hemmungslos ist. Gerade weil der Staat sich diese Aufgabe aus der Hand hat nehmen lassen, kann man an den unheilvollen Wirkungen sehen, wie sehr sie seine *eigentliche* Aufgabe ist. Daher wissen sich die Globalisierungsgegner zu ihrem Protest *berechtigt*, denn sie sind ja beseelt von der staatsbürgerlichen und demokratieidealistischen Überzeugung, dass der Staat dafür da ist, seinen Bürgern – insbesondere den sozial schwächeren – zu dienen und ihre Wohlfahrt zu mehren. Diesen Glauben an den *eigentlich* guten Zweck des Staates lassen sie sich durch die "Globalisierungs"-Ideologie der Staaten noch einmal bestätigen: Die politische Sonntagspredigt, dass der Staat selbstverständlich für das Wohl seiner Bürger da ist und sie vor "sozialen Härten" zu schützen hat, wird selbst dann nicht aus dem Verkehr gezogen, wenn derselbe Staat nun "soziale Härten" verordnet, – er ist ja angeblich dazu *gezwungen*. Damit sagt er ja zugleich, dass er das *eigentlich nicht will*, dass er *eigentlich* weiterhin nur für seine Bürger da ist. Wenn die führenden Industriestaaten auf ihren G8-Treffen überhaupt keine Anstalten dazu machen, die vermeintlichen Übertreibungen der Globalisierung rückgängig zu machen; wenn sie vielmehr in ihrer "neoliberalen Verblindung" betonen, so recht eigentlich sei die Globalisierung noch gar nicht

Wirklichkeit und *das* sei der Grund für die "sozialen Härten" zu Hause und für das Elend in der "Dritten Welt", dann fühlen sich die Globalisierungsgegner zu Widerstand berechtigt. Die G8-Staaten, die *gemeinsam* doch dazu die *Macht hätten*, weigern sich in ihren Augen ihrer *eigentlichen* menschenfreundlichen Aufgabe – dem Schutz ihrer Bürger und der gerechten Verteilung des Reichtums auf dem Globus – nachzukommen. Daher fordert ein Teil der Globalisierungsgegner die G8-Führer auf: Wenn ihr eigentlich das Wohl der Menschheit wollt und wenn ihr doch eigentlich auch die Macht dazu habt, dann haltet euch doch endlich an die gute Meinung, die wir von euch – oder zumindest von den demokratischen Institutionen haben, denen ihr vorsteht! Ein anderer Teil bezichtigt die Staatschefs des *Verrats* an ihren eigentlichen Pflichten und bezieht daraus die Berechtigung, den *staatsbürgerlichen Gehorsam* bei Anlässen wie z.B. in Genua demonstrativ aufzukündigen. Die gute Meinung über sich hören die Staatenlenker durchaus gerne, und sie sind durchaus auch "dialogbereit", aber dann müssen sie auch darauf hinweisen, wo die Grenzen sind – und zwar mit aller Schärfe. Einen *Appell* an *ihren* guten Willen nehmen sie allemal entgegen, dafür muss die "Bewegung" aber den Nachweis erbringen, dass sie mit denen, die die Gipfel mit zivilem Ungehorsam stören, nichts zu tun haben wollen. Es heißt, ihre "berechtigten Anliegen" würden "durch die Vermummten diskreditiert". Das ist ein starkes Stück: Bis zum Zeitpunkt der Straßenkämpfe von Seattle usw. haben die G8-Staatschefs und ihre Sachverständigen in Wissenschaft und Publizistik den bis dato "friedlichen Demonstranten" nie bescheinigt, "berechtigte Sorgen" zu äußern, da wurden sie einfach als weltfremde Spinner abgetan. Seit es Störer gibt, schmeicheln die Politiker und ihre journalistische Öffentlichkeit den nicht-militanten Teilen der Globalisierungsgegner, sie hätten ja *so bedenkenswerte* Einwände ...

Lesetipps "Globalisierung" – Der Weltmarkt als Sachzwang (GegenStandpunkt 4-99); WTO-Konferenz in Seattle: Der Kampf der Nationen um den Reichtum der Welt und seine neuesten Gefechtsfelder (GegenStandpunkt 3-2000); Herbsttagungen von IWF, Weltbank und einer "globalen Anti-Globalisierungsfront": Anmerkungen zum Auftritt der modernen anti-imperialistischen Protestkultur (GegenStandpunkt 4-2000)

Impressum: : Forum GegenArgumente,
Karl Appel Diebsteigle 3,
72764 Reutlingen
V.i.S.d.P. (Eigendruck im Selbstverlag)